LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/16489**

18.11.2025

Antrag

der Fraktion der AfD

Vom digitalen Irrweg zurück zur Bildungsqualität: Lehren aus dem REACT-EU-Experiment und evidenzbasierte Neuausrichtung der Schuldigitalisierung in NRW

I. Ausgangslage

Während der COVID-19-Pandemie begann durch das EU-Programm REACT-EU (Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe) eine beispiellose Digitalisierungsoffensive an den Schulen in Nordrhein-Westfalen. Von den insgesamt 47,5 Milliarden Euro, die europaweit zur Verfügung standen, gingen rund 2,3 bis 2,4 Milliarden Euro an Deutschland. Als bevölkerungsreichstes Bundesland erhielt Nordrhein-Westfalen davon etwa 400 Millionen Euro.[1]

Die damalige Bildungsministerin stellte im September 2021 die „Digitalstrategie Schule NRW“ vor, in deren Rahmen Schulen bis 2025 mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden sollten. Von den für Endgeräte bereitgestellten Mitteln von 184 Mio. Euro stammten 112 Millionen Euro aus dem 2023 ausgelaufenen EU-Programm REACT-EU.[2] Dank dieser einmaligen Sonderfinanzierung war es erstmals möglich, eine hohe Zahl an Schülern mit mobilen Endgeräten auszustatten – vor allem an Schulen in sozial benachteiligten Regionen.

Die Fördermittel wurden v. a. dafür eingesetzt, Tablets (hauptsächlich iPads) und Laptops (z. B. Lenovo ThinkPads) für rund 370.000 Schüler in Nordrhein-Westfalen bereitzustellen. Zusätzlich konnten Schulen mit Smartboards, Netzwerktechnik und weiterer digitaler Infrastruktur ausgestattet werden. Da die Förderung zu 100 Prozent übernommen wurde, mussten die Schulträger keinen Eigenanteil leisten.[3]

Klar ist jedoch: Bei REACT-EU handelte es sich um eine zeitlich begrenzte Krisenmaßnahme. Das Programm war nie dafür gedacht, dauerhaft ähnliche Summen bereitzustellen. Die Investitionen folgten dem Gedanken einer beschleunigten Digitalisierung als unmittelbare Antwort auf die pandemiebedingten Herausforderungen im Bildungsbereich. Mittlerweile wird jedoch deutlich, dass es sowohl finanzpolitische als auch pädagogische Fragen gibt, die eine kritische Neubewertung der bisherigen Strategie notwendig machen.

---

[1] Europäischer Sozialfonds Deutschland, REACT-EU, https://www.esf.de/portal/DE/REACT-EU/inhalt.html
[2] Land Nordrhein-Westfalen, Pressemitteilung: Land und EU unterstützen Schulträger mit 184 Millionen Euro, https://www.land.nrw/pressemitteilung/ministerin-gebauer-land-und-eu-unterstuetzen-schultraeger-mit-184-millionen-euro
[3] Richtlinie über die Förderung von Endgeräten für Schulen in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des „REACT-EU“, https://bass.schule.nrw/19549.htm

Datum des Originals: 18.11.2025/Ausgegeben: 20.11.2025

Finanzpolitische Herausforderungen bei der Anschlussfinanzierung

Digitale Endgeräte, die im Zuge des REACT Programms bis 2022 erworben wurden, besonders iPads von Apple sind etwa fünf bis acht Jahre benutzbar, in diesem Zeitraum ist die Versorgung mit Software-Updates gesichert.[4] Für die Schulen bedeutet das, dass sie spätestens zwischen 2027 und 2030 die Geräte, die über das REACT-EU-Programm angeschafft wurden, austauschen müssen, um weiterhin die Sicherheitsbedingungen und die Benutzbarkeit zu erfüllen.

Das Problem, vor dem die Schulen stehen ist, dass die Nachfolgeprogramme deutlich weniger Geld bereitstellen. Die Verhandlungen zum Folgeprogramm des DigitalPakt Schule, welches Nordrhein-Westfalen rund 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt hatte sind inzwischen erfolgreich abgeschlossen.[5] Bund und Länder haben sich auf ein Gesamtvolumen von 5 Milliarden Euro, verteilt auf über sechs Jahre, ab 2026 geeinigt – der Bund stellt davon 2,5 Milliarden Euro bereit, die Länder weitere 2,5 Milliarden Euro, wobei allerdings etwa 80 Prozent aus bereits laufenden und geplanten Landesmaßnahmen angerechnet werden können. Dies bedeutet allerdings, dass das Fördervolumen des DigitalPakts 2.0 deutlich hinter dem ersten DigitalPakt mit einem damaligen Gesamtvolumen von 7 Milliarden Euro zurückfällt, welches zudem noch durch Krisenmittel wie REACT-EU aufgestockt wurde. Die strukturelle Finanzierungslücke wird besonders im Haushaltsjahr 2026 sichtbar: Hier fallen rund 211 Millionen Euro aus den Bundesmitteln für den ersten DigitalPakt weg, während lediglich 5,1 Millionen Euro an neuen Landesmitteln für Digitalisierung, hauptsächlich zur Kompensation inflationsbedingter Preisanpassungen, bereitgestellt werden sollen –. Bereits diese Zahlen lassen erkennen, dass das Fördervolumen erheblich hinter dem ersten DigitalPakt zurücksteht.[6] Schon jetzt wird vor einer erheblichen Förderlücke ab 2027/28 gewarnt.

Allein um die bereits 370.000 über REACT-EU geförderten Geräte zu ersetzen, sollten diese weiterhin gekauft und nicht geleast werden, so wie es die Stadt Neuss 2021 beschlossen hatte[7], wären etwa 150 bis 180 Millionen Euro alle vier bis fünf Jahre, gerechnet mit Anschaffungskosten von 400 bis 500 Euro pro Gerät, nötig. Das ist mehr, als die aktuellen und geplanten Förderprogramme abdecken können. Der DigitalPakt 2.0 sieht zudem Endgeräte nur noch für sozial benachteiligte Schüler vor, wodurch die finanzielle Verantwortung für alle anderen Geräte explizit den Kommunen, den Eltern der Schüler oder den Landeshaushalten zufällt. Wenn es keine erneuten Sondermittel gibt, müssen sich Schulen deshalb perspektivisch bereits heute auf eine deutliche Verschlechterung ihrer digitalen Ausstattung einstellen.

Problemverschärfung durch fehlende Nachhaltigkeit

Der über das REACT-EU Programm erhoffte Impact auf die Bildungsqualität der digital geförderten Schüler, ist, so zeigt die jüngste IQB-Bildungstrend-Studie, einerseits nicht erfolgt, anderseits wird, für Digitalisierungsbefürworter, das durch das REACT-EU Programm erzeugte Momentum zu einer stetigen digitalisierten Bildung nicht durch weitergehende Investitionen durch Bundes- und Landeshaushalte genutzt und wird dabei in den nächsten Jahren auch zunehmend auf das Problem der schnellen technischen Überalterung stoßen. Das Programm war ursprünglich zwar nur als einmalige Krisenmaßnahme gedacht jedoch um das erreichte Niveau der Digitalisierung dauerhaft zu sichern, sind jedoch kontinuierliche und erhebliche Finanzierungsprogramme nötig. Da die durchschnittliche Lebensdauer der bereits

[4] TechJunkies Blog, Support-Ende für iPad und iPadOS Updates, https://techjunkies.blog/digital-life/support-ende-ipad-ipados-updates/
[5] https://www.news4teachers.de/2025/10/digitalpakt-2-0-erst-wackelt-wieder-alles-dann-gibt-prien-entwarnung/
[6] https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/was-hat-der-digitalpakt-schule-bislang-gebracht/
[7] https://rp-online.de/nrw/staedte/neuss/digitalisierung-an-den-schulen-stadt-neuss-besorgt-ipads-fuer-schueler_aid-64353027

angeschafften digitalen Endgeräte bei ca. fünf bis sechs Jahren liegt, müssten bei fortschreitender Abdeckung der Schulen mit Endgeräten ab 2027/28 allein in Nordrhein-Westfalen jedes Jahr bis zu 100 Millionen Euro für Ersatzbeschaffungen eingeplant werden.

Diese steigende Abhängigkeit von teurer Hardware führt zu nachhaltigen Problemen in der Bildungsfinanzierung. Klassische Lehrmittel wie Bücher und Hefte können über viele Jahre hinweg genutzt werden und verursachen nur geringe Kosten bei der Neubeschaffung oder dem Ersatz. Digitale Endgeräte hingegen müssen regelmäßig erneuert, teuer und personell aufwändig gewartet und technisch betreut werden. Für die kommunalen Schulträger bedeutet das eine dauerhafte finanzielle und personelle Belastung, die ihre ohnehin knappen Haushaltsmittel übersteigt.

Die Haushaltsplanung 2026 macht diese Prioritätenverschiebung deutlich: Während im Bereich DigitalPakt Schule massive 210,87 Millionen Euro wegfallen, die nur durch 5,1 Millionen Euro an neuen Digitalisierungsausgaben minimal kompensiert werden, fließen die freiwerdenden Mittel in andere Bereiche. Diese Umschichtung zeigt bereits jetzt ungeschönt auf: Das Land verlässt bereits jetzt faktisch den Pfad der nachhaltigen, flächendeckenden Geräteausstattung, ohne aber dies bildungspolitisch offen zu kommunizieren oder ein alternatives Konzept vorzulegen.

Fehlende pädagogische Fundierung der Digitalisierungsstrategie

Die REACT-EU-Mittel wurden vornehmlich genutzt um in rasanter Geschwindigkeit in neue Hardware, wie Tablets für Schüler und Lehrer sowie in Laptops zu investieren – so schnell, dass kaum Zeit für eine systematische pädagogische Begleitung oder eine gründliche Untersuchung der tatsächlichen Lerneffekte blieb. Stattdessen stand die Anschaffung – zum damaligen Zeitpunkt – moderner Technik im Vordergrund, ohne dass die bildungswissenschaftliche Grundlage ausreichend hinterfragt wurde. Dabei zeigen internationale Erfahrungen zunehmend: Eine reine Geräteausstattung ohne passende pädagogische Konzepte bringt nicht die erhofften Verbesserungen im Bildungserfolg.

Zusätzlich setzt das Land die Digitalisierung der Schulen mit neuen Schwerpunkten fort, vornehmlich solche, die sich auf KI-Integration konzentrieren. Pilotprojekte wie KIMADU (KI-gestützte Lernassistenz) und der Einsatz von Chatbots werden vorangetrieben, ohne dass die grundsätzlichen Fragen zur Wirksamkeit digitaler Lernformen geklärt sind. Die fortlaufende Integration künstlicher Intelligenz in den Schulalltag steht im direkten Widerspruch zu den internationalen Erfahrungen, die eine Rückbesinnung auf analoge Lernformen nahelegen.

Mehrere europäische Länder, die anfangs stark auf EU-Fördermittel zur Schuldigitalisierung gesetzt haben, sind inzwischen dabei ihre Digitalisierungsstrategie zu überdenken. Neue wissenschaftliche Studien über die realen Folgen digitaler Geräte für den Lernerfolg und die Gesundheit von Schülern wurden hierzu herangezogen.

So galt Schweden lange als Vorreiter in Sachen Schuldigitalisierung. Aber es hat 2023 damit begonnen, Tablets systematisch aus Vor- und Grundschulen zu verbannen.[8] Das Karolinska-Institut stellte in einer viel diskutierten Stellungnahme klar, dass es weder belastbare Belege für positive Lerneffekte gebe noch dass die Risiken, etwa für den Wissenserwerb, ausreichend berücksichtigt werden.[9] Daraufhin investierte Schweden über 100 Millionen Euro in den konsequenten Wiedereinsatz gedruckter Lehrbücher.

[8] Tagesschau, Schwedische Schulen kehren zu Büchern zurück, https://www.tagesschau.de/ausland/europa/schweden-schulen-buecher-100.html
[9] https://bildung-wissen.eu/fachbeitraege/karolinska-institut-schweden-stellungnahme-zur-nationalen-digitalisierungsstrategie-in-der-bildung.html

Dänemark vollzog ebenfalls eine Wende bei der unbedingten Förderung der Digitalisierung an Schulen, nachdem es jahrelang, ebenfalls mit Hilfe von EU-Mitteln, intensiv in die Digitalisierung der Lehrmittel investiert hatte. Hervorgerufen durch Ergebnisse dänischer Schüler, die in internationalen Vergleichsstudien wie PISA teilweise dramatisch abgeschnitten haben, dass Dänemark seinen bisherigen Kurs der unbedingten Digitalisierung an Schulen änderte und 2025 ein „Digital-Detox-Programm“ zunächst für Privatgeräte verordnete, dass die private Nutzung von Tablets und Smartphones an Schulen stark einschränkt, sofern sie nicht unbedingt als Unterrichtsmittel genutzt werden.

Ähnliche Entwicklungen zeigen sich auch anderswo: In den Niederlanden ist die Nutzung von Tablets an Schulen bereits seit Januar 2024 eingeschränkt, Italien führte 2025 ein umfassendes Verbot für private Digitalgeräte an Schulen ein und verstärkte die Absicht, „wieder traditionelle Stiftmethoden einzuführen“[10]. All diese Länder begründen ihre Kehrtwende einhellig mit sinkenden Lernerfolgen, erhöhter Ablenkung im Unterricht und gesundheitlichen Risiken für Kinder und Jugendliche.

Das wirft die Frage auf, ob nicht auch in Nordrhein-Westfalen ein kritischer Blick auf die eingeschlagene Richtung notwendig ist, der auch über die bereits sich im Gange befindlichen politischen Diskussion von Smartphoneverboten an Grundschulen hinausgeht – bevor weitere Milliarden in eine Strategie fließen, die sich am Ende sogar als kontraproduktiv erweisen könnte.

Alternativlose Digitalisierung der Bildungspolitik?

Angesichts der bereits im Haushalt 2026 herrschenden Sparanstrengung und den künftig zu erwarteten Finanzsorgen des Landes Nordrhein-Westfalens, sollte die Landesregierung jetzt die Chance nutzen, um mit dem Auslaufen des Gerätezyklus der REACT-EU-Förderung eine evidenzbasierte Neuausrichtung der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen zu planen. Statt also einer kostenintensiven Perpetuierung einer wissenschaftlich fragwürdigen Digitalisierungsstrategie weiterhin blind zu folgen, sollte eine Rückbesinnung auf bewährte analoge Lernmethoden, die sowohl kostengünstiger als auch pädagogisch fundierter sind, geprüft werden.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Das REACT-EU-Programm war ein zeitlich begrenztes Kriseninstrument, das nicht als Grundlage für eine dauerhafte Digitalisierungsstrategie an Schulen konzipiert wurde.
2. Die Anschlussfinanzierung für die zwischen 2021 und 2023 beschafften 370.000 Endgeräte ist nicht gesichert, wodurch eine Förderlücke von jährlich bis zu 100 Millionen Euro ab 2027/28 droht. Der DigitalPakt 2.0 (2026–2031) mit einem Gesamtvolumen von 5 Milliarden Euro bleibt deutlich hinter dem ersten DigitalPakt (über 7 Milliarden Euro) zurück und sieht dabei Endgeräte hauptsächlich nur noch für sozial benachteiligte Schüler vor.
3. Die faktische Umschichtung von Digitalisierungsmitteln in andere Bereiche (u. a. Ganztagsausbau, G9-Belastungsausgleich) im Haushalt 2026 belegt, dass das Land die Strategie der flächendeckenden Geräteausstattung bereits faktisch verlassen hat.

[10] https://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2024/07/handyverbot-und-ruckkehr-zu-papier-und-stift-400c747c-08f0-4950-a7ea-b0bf763e1da0.html

4. Die strukturelle Abhängigkeit von kostenintensiver Hardware schafft finanzielle Belastungen für Kommunen und macht die Bildungsqualität von technischen Förderzyklen abhängig.
5. Dies und das Auslaufen von REACT-EU eröffnen die Möglichkeit einer evidenzbasierten Neuausrichtung der Bildungspolitik ohne kostenintensive Fehlinvestitionen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. zu prüfen, inwieweit die über REACT-EU beschafften Endgeräte tatsächlich zu messbaren Verbesserungen der Lernergebnisse geführt haben, und eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation der Bildungseffekte zu beauftragen;
2. sicherzustellen, dass künftige Bildungsinvestitionen neben einer umfassenden und im Schulalltag funktionierenden digitalen Ausstattung für Lehrer und Schulbehörden vor allem prioritär der Beschaffung hochwertiger analoger Lehrmittel, insbesondere Bücher und didaktischer Materialien, zugutekommen;
3. ein Konzept zu entwickeln, das die schrittweise Reduzierung der Tablet-Nutzung im Unterricht der Primarstufe und der Sekundarstufe I zugunsten handschriftlicher und buchbasierter Lernformen vorsieht;
4. klar zu regeln, wie die finanzielle Verantwortung für alle sich im schulischen Einsatz befindlichen digitalen Endgeräte zwischen Kommunen und Land aufgeteilt wird. Die laufende KI-Strategie des Landes (KIMADU, Chatbots) ist in diesem Zusammenhang kritisch zu überprüfen und in Bezug zur internationalen Evidenz für analoge Lernformen zu setzen.
5. verbindlich festzulegen, dass Mittel aus künftigen EU-Förderperioden und Mittel des Bundes schwerpunktmäßig für die Verbesserung der digitalen Ausstattung des Lehrpersonals und der Schulverwaltung sowie eine optimale analoge Lernumgebung (Schulbücher, Bibliotheksausstattung, Laboreinrichtungen) verwendet werden. Die Fortsetzung der Mittel für LOGINEO NRW und die Vollautomatisierung von Verwaltungsakten im Zuwendungsrecht (§ 44a LHO) zeigen bereits in die richtige Richtung und sollten konsequent ausgebaut werden;
6. zu gewährleisten, dass die bildungspolitische Strategie des Landes Nordrhein-Westfalen den wissenschaftlichen Erkenntnissen über effektive Lernmethoden entspricht und internationale Best Practices berücksichtigt.

Sven W. Tritschler
Dr. Christian Blex
Dr. Martin Vincentz
Christian Loose

und Fraktion